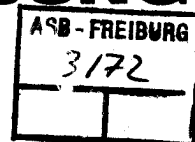


TARIFERHÖHUNG

UMGRÜNDUNG

"DAS IST EINE UNVERSCHÄMTHEIT"



Die Freiburger Bevölkerung sieht die geplanten Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr so:

- ➔ "Das ist eine Unverschämtheit!"
- ➔ "Ausgerechnet wir, die auf die Straßenbahnen angewiesen sind, sollen wieder blechen!"
- ➔ "Dann kann ich mir das Straßenbahn Fahren überhaupt nicht mehr leisten!"
- ➔ "Zahlen wir nicht schon genug? Man sollte die Fahrpreise senken, damit mehr Leute es sich leisten können, Straßenbahn zu fahren."
- ➔ "Die spinnen doch!"
- ➔ "Die Straßenbahn sollte auf ein paar Verwaltungsposten verzichten!"
- ➔ "Wenn die das machen, marschiere ich mit den Studenten mit."

(Interview eines BZ-Reporters mit Passanten und Leuten aus der Straßenbahn, 15.1.72)

Der Stadtrat Freiburgs hält Tarifierhöhungen und Privatisierung der Stadtwerke für notwendig, um dem ständigen Defizit der Stadt, das gegenwärtig bei 10,3 Millionen DM liegt, entgegenzuwirken. Mit demselben Ziel wurden und werden heute Tarifierhöhungen vorgenommen in: Essen, Hannover, Hamburg, Berlin, Stuttgart, usw.

In der Hoffnung, ihre Maßnahmen damit rechtfertigen zu können, lamentieren allenthalben die Stadträte: "Die Apelle an den Bund, einige der Riesensummen, die in den Straßenverkehr gepumpt werden in Zukunft für den öffentlichen Nahverkehr abzuzweigen, verhallen ungehört." (BZ, 20.1.72)

In der Hoffnung, damit die geplanten Tarifierhöhungen verhindern zu können, appellieren allenthalben Bürgerinitiativen an Stadträte und Bürgermeister: "Ihr Herren Stadträte, wendet Euch um mehr Geld nicht an uns Bürger, sondern an eure Gesinnungsfreunde in Stuttgart und Bonn. Spielt nicht länger den unschuldigen, unwissenden Thomas." (DKP-Flugblatt, 27.12.71)

Hirnrißig, auf diese Weise einen 'Widerspruch' zwischen Stadträten einerseits, Bund und Land andererseits konstruieren zu wollen und mit dem Finger auf Bund und Land zeigend, Apelle an die Stadträte zu richten, ihren 'sozialen Aufgaben' nachzukommen.

Das Geschäft der Herrschenden hat Methode!! Was zentral von der Bundesregierung und dem Bonner Parlament im Interesse der Kapitalisten geplant wird, was von ihnen gegen die werktätige Bevölkerung durchgesetzt wird, wird sinnvoll ergänzt durch die Maßnahmen der Stadtverwaltungen.

'Soziale Aufgaben' hätten die Städte gerade gegenwärtig genug (Mieten, Gastarbeiter, Umweltschutz, Gesundheitswesen usw.). Aber diese treten in den Hintergrund, wenn es heute in der Krise Hauptaufgabe des Staatsapparats ist, die Herrschaft der Kapitalistenklasse abzusichern und ihr ökonomisch unter die Arme zu greifen: Wem dienen Konjunkturhaushalte, Erhöhung des Rüstungsetats, die Lohnsteuererhöhungen und der durch Lohnleitlinienpolitik erzwungene Reallohnabbau?

Die Bundesregierung leistet bei Rationalisierungsmaßnahmen der Konzerne Finanzhilfe, um die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie zu garantieren. Sie unterstützt mit allen Kräften die Expansion westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt.

Und gleichzeitig wird überall dort gespart, wo man direkt den Verbraucher zur Kasse bitten kann. 'Soziale Ausgaben' sind im Kapitalismus entweder von der Arbeiterklasse erkämpft oder dienen nur der Reproduktion der Arbeitskraft im Interesse des Gesamtkapitals; staatliche 'Sozialleistungen', im Kapitalismus ohnehin gering gehalten, schrumpfen gegenwärtig unter dem Druck der Krisensituation zusammen.

Subventionen an die Gemeinden werden gestrichen, bzw. nicht erhöht. Wenn die Fahrpreise den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden sollen, ist der öffentliche Nahverkehr immer auf Subventionen angewiesen. Bei geringer Subventionierung und damit steigendem Defizit, greifen die Städte zu Fremdkapital und verschulden sich; Zinsen treiben das Defizit in die Höhe.

Auch die Stadt Freiburg nähert sich der Verschuldungsgrenze; "in den städtischen Schulden sind 120 Mill. DM Fremdkapital allein für die Stadtwerke enthalten." (aus: die Stadtverw.informiert) Durch die von der Stadtverwaltung der Stadtwerke in eine Kapitalgesellschaft sollen die Stadtwerke "mit neuem Kapital ausgestattet und damit die Stadt finanziell entlastet werden" (ebd). Die geplante Privatisierung wird begründet: "Das Eigenbetriebsrecht (der Stadt) wird den Anforderungen der modernen Wirtschaft nicht gerecht." (ebd) Mit der geplanten Umgründung der Stadtwerke entledigt sich der Stadtrat der sozialen Aufgaben, deren Erfüllung die Bevölkerung von ihm verlangt!

Daß der Stadtrat heute das Eigenbetriebsrecht liquidiert, zeigt, daß er sich nicht so sehr der Bevölkerung als vielmehr der kapitalistischen Wirtschaft verpflichtet sieht. Wenn er heute fordert, daß die Stadtwerke den Anforderungen der "modernen" -spricht: kapitalistischen - Wirtschaft "Gerecht" zu werden hätten, dann hat er im Sinn, den subventionierungsbedürftigen öffentlichen Nahverkehr (BZ: "das kranke Kind") von den profitablen Wasser, Gas und E-Werken zu trennen; im öffentlichen Nahverkehr soll die Bevölkerung zur Kasse gebeten werden, die Profite der Wasser, Gas und E-Werke streichen private Kapitalisten in schönem Verein der Aufsicht führenden Stadtväter ein. Was anders als die Aussicht auf Profit könnte denn auch private Gesellschaften dazu bewegen, sich an den umgegründeten Stadtwerken zu beteiligen? Die THGG, die sich zu ca. 30% an den Freiburger Stadtwerken beteiligen will, hat heute schon 20% aller E-Werke Baden-w. in der Hand. So wird durch die Machenschaften des Stadtrats ein Monopol gezimmert, das alle Entscheidungen kontrolliert und zentralisiert.

Die Besorgnis vieler Beschäftigter der Stadtwerke, in naher Zukunft im Zuge der Umgründung ihren Arbeitsplatz zu verlieren ist berechtigt. Es wird sich in den Stadtwerken eben der Prozeß vollziehen, der im letzten Jahr in der privaten Wirtschaft die Arbeitslosenquote der BRD in die Höhe schnellen ließ. Rationalisierung, Arbeitshetze und Lohndrückerei stehen heute für die gesamte Arbeiterklasse auf der Tagesordnung. Die gegenwärtige Schwäche der Arbeiterklasse ist Voraussetzung dafür, daß die Kapitalisten und ihr Staat derart leichtes Spiel

haben, die Folgen der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Die Tatsache, daß heute in Freiburg Teile der Gewerkschaften die Maßnahme der Stadtverwaltung mit einem Aufruf zur Demonstration beantworten, zeigt an, daß die Arbeiter der BRD sich im ökonomischen Kampf zusammenschließen beginnen. Nur die weitere Entfaltung der ökonomischen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse kann den Angriffen der Bourgeoisie auf die Lebensbedingung der Werktätigen wirksamen Widerstand entgegensetzen, soziale Maßnahmen durchsetzen und demokratische Rechte als Positionen im Kampf gegen die Ausbeuterordnung erhalten und nutzen. Die Bourgeoisie versucht, die sich entwickelnden Kämpfe mit allen Mitteln zu verhindern. Das BERUFSVERBOT ist eins dieser Mittel. Eine Diskussion der INDUSTRIE- und HANDELSKAMMER / FREIBURG brachte zutage: FORTSCHRITTLICHE LEHRER

AM WALTER-EUCKEN GYMNASIUM VOM BERUFSVERBOT BEDROHT

Die Debatte in der Industrie- und Handelskammer ging von folgendem aus:

➡ "Ein nicht geringer Teil der Unternehmer scheint heute mit Schrecken festzustellen, daß ihre Lehrlinge zu viel 'Ideologie' aus der Berufsschule mitbringen". (BZ/28.2.72)

Oberstudiendirektor MANGOLD vom Walter-Eucken-Gymnasium meinte daher, daß die Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Berufsschulen verstärkt werden müsse.

➡ "Er berichtete, daß er in nächster Zeit in Freiburg einen Förderkreis zur Zusammenarbeit zwischen Schule und einzelnen Freiburger Betrieben gründen werde." (ebd)

Als Berufsschuldirektor voll und ganz den Standpunkt der Kapitalisten teilend, teilte er auch ihre Befürchtungen:

➡ "Zu den Befürchtungen der Unternehmer sagte er, die letzten drei, vier Jahrgänge der Referendare seien 'ideologisch verbildet' gewesen."

➡ "Jetzt bekommen schon wieder junge Lehrer von den Universitäten, die 'normal' seien... An seiner Schule mit 110 Lehrern habe er 'NUR DREI, DIE SO SIND, DASS ICH SIE GEHEN LASSEN MUSS!'" (ebd)

Oberstudiendirektor MANGOLD führte aus, was er unter dem Schreckgespenst 'Ideologie' versteht: Die Schüler würden heute zu 'Antikapitalisten' erzogen.

"Ideologie - so sagte er - bedeutet, daß sie wissen, welche Macht sie haben." (ebd)
Mangold riet der Wirtschaft, eigene Bildungsinstitutionen zu schaffen, in denen die Devise gilt:

Die jungen Leute sollen lernen,

„an den Kapitalismus zu glauben“

(Selbst wenn Mangold in der heutigen BZ bestreitet, daß er dies auf der Veranstaltung^{so} gesagt habe, so hat er in seiner Gegendarstellung nicht zurückgenommen, daß er drei Lehrer 'gehen lassen' will, weil sie den Lehrlingen zeigen, 'welche Macht sie haben'.)

Für uns kann das nur bedeuten: Unser Kampf gegen das Berufsverbot ist nicht beendet; wir werden mit Lehrlingen und Gewerkschaftsjugend gegen die reaktionären Handlanger der Kapitalisten an Schulen und Universitäten kämpfen.

UNTERSTÜTZT DIE

DEMONSTRATION DER GEWERKSCHAFTSJUGEND

7.3.72

Aktionsrat der Basisgruppen